



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/XII/26 - 31. Januar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-23

Fernschreiber 0386890

## Nur ein Rückblick

sp - Den Auftakt der mit Spannung erwarteten Bundestagsdebatte über die Aussenpolitik der Regierung bildete eine Erklärung des Aussenministers, von der in Journalistenkreisen wenige Minuten nach ihrem Abschluss gesagt wurde: "Wahrscheinlich hat Herr von Brentano diesmal seine Rede selbst gemacht". Damit sollte wohl zum Ausdruck gebracht werden, dass die Rede des Aussenministers in ihren wesentlichen Punkten nichts enthielt, was auch nur annähernd die Absichten der Bundesregierung hinsichtlich einer aktiven Politik der deutschen Wiedervereinigung angedeutet hätte.

Mit umso grösserer Spannung erwartete man die Rede des ersten Sprechers der CDU-Fraktion, Kiesinger. Aber auch hier erlebte der Bundestag eine Enttäuschung, wenn man davon absieht, die massiven Anreizeleistungen Kiesingers gegen die SPD als ausserpolitisches Manifest der CDU werten zu wollen. Herr Kiesinger befehlissigte sich mit grossem Stimmaufwand, gegen angebliche ausserpolitische Thesen der Sozialdemokratie anzurennen, die nur in seiner Phantasie existieren. Wie etwa die Unterstellung, dass die Sozialdemokratie für die Wiedervereinigung Deutschlands unter Verzicht auf Freiheit und Sicherheit des ganzen deutschen Volkes eintreten würde.

Interessant war in diesem Zusammenhang das Eingeständnis Kiesingers, "Wir haben kein fertiges Rezept", dem bald darauf aber die merkwürdige Aufforderung an die SPD folgte, dieses eingeständenermassen nicht vorhandene Rezept gutzuheissen. Als Herr Kiesinger es unternahm, die Sicherheitsvorstellungen der CDU zu erläutern, meinte er, der Westen müsse einen so starken Wall zusätzlicher traditioneller Verteidigungsmittel zu den vorhandenen atomaren Verteidigungswaffen errichten, dass ein Angriff unmöglich werde. Diese "Verteidigungstheorie" hat mit Sicherheit überhaupt nichts zu tun und bedeutet praktisch die Gefahr einer im Wettrennen erstarrten Spaltung Europas.

Vergeblich wartete man auf die Andeutung einer Vorstellung der CDU, wie diese in Zukunft die internationalen Diskussionen über das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu befruchten gedenkt. Nicht einmal die von der Bundesregierung in ihrem letzten Memorandum an die Regierung der Sowjetunion gerichteten Vorschläge über eine verdünnte Zone, ein kollektives Sicherheitssystem usw. wurden in der Rede Brentanos oder Kiesingers angesprochen.

So blieben die Reden des Aussenministers und des ersten Sprechers der grössten Regierungspartei nichts anderes als ein Rückblick auf vergangene Zeiten und das Eingeständnis der Hilflosigkeit gegenüber einer Situation, die gerade die deutsche Bundesregierung zu neuen und verstärkten Anstrengungen für die Wiedervereinigung Deutschlands verpflichten müsste.

Sind Segnis Tage gezählt ?

R. B. Rom, Ende Januar

Immer einhelliger wird unter den Beobachtern der italienischen innerpolitischen Situation die Ansicht, dass die Regierung Segnis den Monat Februar kaum überleben dürfte. Es ist nicht ganz leicht, die Gründe darzulegen, die für das Bestehen einer Regierungskrise sprechen, denn es handelt sich hierbei um ein ziemlich verwickeltes Spiel parteitaktischer Überlegungen, die im folgenden in grossen Zügen nachgezeichnet werden sollen.

Die politische Entwicklung ist in letzter Zeit immer stärker unter den Bann sogenannter "scadenze" geraten, das heisst immer neuer bestimmter Termine, denen eine besondere Bedeutung beigegeben wird und deren Herannahen jeweils eine allgemeine politische Lähmung, ein allgemeines Zuwarten und Abwarten, hervorruft. Eine solche "scadenza" ist gegenwärtig der Kongress der Nenni-Sozialisten, der in der zweiten Februarwoche in Venedig stattfinden wird und von dessen Verlauf die weitere Entwicklung der sozialistischen Wiedervereinigung abhängen dürfte. Erweist sich in Venedig diese Wiedervereinigung als unmittelbar realisierbar, so werden die Sozialdemokraten ihrerseits die von Nenni wiederholt geforderte Gegenleistung erbringen und aus der Regierungskoalition ausscheiden müssen. Damit wäre das Schicksal der Regierung Segni besiegelt.

Aber auch für den Fall, dass die Wiedervereinigung in Venedig auf die lange Bank geschoben werden sollte, erscheint eine neue Regierungsformel vielen massgebenden Politikern unerlässlich. Sowohl der christlich-demokratische Parteisekretär Fanfani als der sozialdemokratische Parteiführer Saragat scheinen eine vorzeitige Auflösung des Parlaments und Neuwahlen noch in diesem Jahre anzustreben, was aus verschiedenen Gründen nur unter einer neuen Regierung verwirklicht werden kann.

Man weiss, dass sich Fanfani von baldigen Neuwahlen ein bedeutendes Wiedererstarken der Democrazia Cristiana erwartet. Tatsächlich haben ja alle lokalen Teilwahlen des Jahres 1956 namhafte christlich-demokratische Stimmgewinne gebracht, und die jüngsten Krisenerscheinungen im kommunistischen wie im rechtsradikalen Lager lassen die Erwartung gerechtfertigt erscheinen, dass die Christlichen Demokraten in ein neues Parlament wesentlich vorstärkt einziehen würden, wenn auch Fanfanis

31. 1. 1957

Prophezeiung eines "neuen 18. April", also einer Wiedervereinigung der absoluten Mehrheit, etwas allzu optimistisch gefärbt sein mag.

Die Sozialdemokraten Saragats wiederum wollen in die Wiedervereinigungsverhandlungen mit den Fenni-Sozialisten als möglichst gleichwertige Partner eintreten, was sie heute mit ihren 19 Kammerabgeordneten gegen die 75 sozialistischen keineswegs sind. Von Neuwahlen aber erhofft sich Saragat auf Grund der vorjährigen Gemeindevahlen eine Verdopplung der sozialdemokratischen Mandate und somit eine einschneidende Verbesserung der sozialdemokratischen Verhandlungspositionen.

#### Heftiges Tauziehen im Gange

Man nimmt also an, dass - wie immer die Ergebnisse des Parteikongresses in Venedig ausfallen mögen - die Regierung Segni in den nächsten Wochen zum Sturz kommen wird, und zwar voraussichtlich entweder über der Frage der "Agrarpakte", oder über dem heiklen Problem der Besetzung des neugeschaffenen Ministeriums für die verstaatlichten Betriebe. Um dieses wichtige neue Ministerium ist gegenwärtig ein heftiges Tauziehen im Gange. Die Republikaner, die zwar der Regierungsmehrheit, nicht aber dem Kabinett angehören, haben für diesen Posten ihren Repräsentanten Ugo La Malfa als Kandidaten aufgestellt, der auch von den Sozialdemokraten gestützt wird. Die Democrazia Cristiana hingegen schiebt den einstigen Industrieminister Togni in den Vordergrund, einen Vertreter des Industriekapitals, der als solcher der Linken ganz und gar nicht genehm ist.

Die Sozialdemokraten würden es lieber sehen, wenn es in der Frage der "Agrarpakte" zum Bruch der Koalition käme, weil dies für sie eine günstige Wahlplattform abgeben könnte. Dagegen soll sich Fanfani mit der Absicht tragen, die Regierungskrise über der Person Tognis zum Ausbruch gelangen zu lassen, weil das eine "captatio benevolentiae" gegenüber der Rechten darstellen würde.

Nach der Auflösung der gegenwärtigen Vierparteienkoalition ist nämlich unter den gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen praktisch nur eine christlich-demokratische Minderheitsregierung möglich, die auf die Stimmen der Monarchisten und der Neufaschisten, angewiesen wäre, um sich vor dem Parlament behaupten zu können.

Es ist kein Geheimnis, daß Fanfani schon seit längerem eine solche

rein christlich-demokratische Regierung anstrebt, die die nächsten Wahlen durchführen soll. Man hat bisher immer angenommen, dass Fanfani selbst die Absicht habe, als Ministerpräsident an die Spitze einer solchen Übergangsregierung zu treten. Seit neuestem aber hat es den Anschein, als ziehe es Fanfani gegenwärtig vor, die Leitung des Parteisekretariats nicht aus der Hand zu geben und den derzeitigen Bilanzminister Adone Zoli als Regierungschef vorzuschieben, einen Politiker, der Fanfanis volles Vertrauen genießt und der als weniger einseitig abgestempelte Persönlichkeit größere Chancen als Fanfani selbst haben dürfte, ein von Democrazia Cristiana und Rechtsparteien gestütztes Übergangskabinett auf die Beine zu stellen.

\* \* \*

#### Adenauer bei den Bauern

E.P. Der Bundeskanzler fährt nur selten nach Berlin. Er tut es nur, wenn eine solche Reise ihm politisch etwas einbringt, nicht aus reiner Liebe zu den Berlin ern. Deshalb musste die Meldung aufgehoben lassen, dass der alte Herr aus Erköndorf beabsichtigt, zur Grünen Woche in die alte Reichshauptstadt zu fahren. Was ist ja auf der Berliner Landwirtschaftsschau die Blumenausstellung ein besonderer Anziehungspunkt, und man könnte annehmen, der Kanzler brauche einige neue Exemplare für seinen Rosengarten. Die Dinge liegen jedoch anders. Der Gärtner von Erköndorf nutzt jetzt vor der Bundestagswahl jede Chance der Meinungsbeeinflussung. Da die Bauern aus ganz Deutschland - einschliesslich vieler Landbewohner aus der DDR - zu "erfassen", ist kein Ort geeigneter als die Grüne Woche am Funkturn.

Der grosse Bauernfreund Konrad Adenauer tritt dort in Aktion. Er hat vieles wiedergutzumachen, insbesondere einige Schnitzer seines Adlatus Dr. Heinrich Lübke. Dieser hatte kürzlich auf der Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Wiesbaden erklärt, mit den Witterungs- und Ernteschäden der deutschen Landwirtschaft sei es halb so schlimm, die gute Mutter Natur gleiche sie wieder aus. Was die Deutsche Bauernzeitung veranlasste, von "einer bedauerlichen Fehlbeurteilung" der Lage durch den Minister zu schreiben. Diese Äusserung stand auch in Gegen-

satz zu den Feststellungen aller Parteien des Deutschen Bundestages, die sämtliche Anträge zur Bereitstellung von Hilfsmitteln für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe einbrachten.

Jedenfalls machten die Worte des Ministers auf dem Lande die Runde. Wegen der grossen Verärgerung bei den Bauern sah sich das Bundespresse- und Informationsamt genötigt, eine Erklärung herauszugeben, Minister Lübke habe es nicht so, sondern anders gesagt. An der Tatsache, dass es gesagt wurde, liess sich jedoch nicht deuteln.

Auch Konrad Adenauer selbst ist beim Deutschen Bauernverband in Ungnade gefallen. In einer Unterredung zwischen ihm und den drei Bauernpräsidenten stellte sich heraus, dass die Versprechungen der Regierung und der Regierungsparteien für die Landwirtschaft doch wohl mehr einem Deklamations- und Agitationsbedürfnis entsprangen und nicht so sehr auf Wahrheit beruhten. Es fiel dem Regierungschef schwer, "Farbe" zu bekennen.

Das alles hat der Kanzler in Berlin wieder auszubügeln. Er wird den Bauern verkünden, wie gut die Bundesregierung es mit ihnen meine und was sie alles für sie tue. Er wird ihnen natürlich nicht sagen, dass auf dem Lande 35 % der Höfe noch kein fliessendes Wasser haben, dass die Elektrizitätsversorgung unzureichend ist und die Bundesregierung den Bauern tausende Hektar Land für Flugplätze und militärische Anlagen raubt. Er wird ihnen auch nicht sagen, dass die Bundesregierung das Landwirtschaftsgesetz nicht sinngeöss anwendet. Nach dessen Text soll das errechnete Defizit der Landwirtschaft aus Staatemitteln erstattet werden. Wie jetzt bekannt wird, passt die Bundesregierung jedoch das vorhandene Defizit weitgehend den zur Verfügung stehenden Mitteln an. Ein zwar umgekehrtes, aber umso einfacheres Verfahren.

\* \* \*

#### Studium ohne höhere Schulbildung

Kann man mit Volksschulbildung studieren? Das ist seit langen möglich. Aber nur, wenn die Reifeprüfung nachgeholt wird. Ohne Reifezeugnis kein Hochschulstudium, und ohne höhere Mathematik, mehrere Fremdsprachen, chemische Formeln kein Reifezeugnis. Aber weiss denn ein Frisorgebackener Doktor phil., der Kunstgeschichte studierte, wirklich noch etwas von der

Differentialrechnung, die er vier Jahre vorher in der Abituraufgabe noch spielend bewältigte? Auf diese Frage haben Studienräte eine gute Antwort: "Die Schüler lernen logisch denken. Dieses Gehirntraining ist die beste Vorbereitung für wissenschaftliche Arbeit." Ein solches Gehirntraining bedeutet aber für einen Berufstätigen, vielleicht sogar Vater und Ernährer einer Familie, die fast unlösbare Aufgabe, in Privatstunden und Abendkursen "nebenbei" dasselbe Schulwissen zu büffeln wie ein sorgloser Primaner. Und doch mussten ehemalige Volksschüler auf dem Wege zur Wissenschaft bisher auf jeden Fall die steile Klippe "Mittelschüler-Reifeprüfung" überwinden. Deshalb hat die hessische Regierung für begabte und fähige Menschen zwischen 25 und 40 Jahren, die sich nachträglich für den Weg der Wissenschaft entscheiden, jetzt einen anderen Zugang zur Universität geschaffen.

Auf den neuen Wegweiser zum wissenschaftlichen oder künstlerischen Studium steht "Zulassungsordnung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis". Ohne Examen geht es natürlich auch hier nicht. Geprüft wird in Deutsch, Erdkunde, einer Fremdsprache, Geschichte und Sozialkunde. Die Prüfungskommission bilden zwei Gymnasial- und ein Hochschullehrer, ein Psychologe und ein Vertreter des Kultusministeriums. Neben der mündlichen Prüfung werden zwei schriftliche Arbeiten in je fünf Stunden gefordert. Die Bewerber müssen eine besondere Begabung für ein bestimmtes Studiengebiet besitzen, mit seinen fachlichen Grundlagen vertraut sein und sich in einem entsprechenden Beruf oder Fachgebiet überdurchschnittlich bewährt haben. Besonders streng sind die Voraussetzungen, die an geistige Fähigkeiten und Charakter gestellt werden.

Es gibt kein Zeugnis, nur die beiden Noten "bestanden" oder "nicht bestanden". Aber die kurzgefasste Urkunde mit dem kleinen Wort "bestanden" ist genausoviel wert wie ein langes Reifezeugnis mit guter Notenzreihe. Sie öffnet seinem Besitzer die Tore jeder Universität oder Hochschule. Leicht ist auch dieser neue Schlüssel zu den Wissenschaften nicht zu erwerben. Das ist den Fachleuten im hessischen Kultusministerium klar. Sie verweisen auf den Satz der Hessischen Verfassung, der auch die Grundlage dieser Neuregelung ist: "Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen." Einer von ihnen sagte: "Dementsprechend soll die Zulassung zum Studium ohne Reifezeugnis keine Eselsbrücke für Mächtigerne und Ehrgeizlinge sein, sondern eine bessere Möglichkeit für besonders begabte Menschen, denen das Schicksal den erreichten Weg zur Wissenschaft verschüttet hatte!"

### Bewegung bei den kleinen Parteien

sp - Die Begegnung zwischen dem Vorsitzenden der Bayernpartei, Professor Baumgartner und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Deutschen Partei, Hellwege, deutet auf die unerwartetsten Kombinationen hin, vor denen sich die kleineren Parteien unter dem Druck der Fünf-Prozent-Klausel gestellt sehen. Hier sind noch ungewöhnliche Entwicklungen im Parteigefüge der Bundesrepublik zu erwarten. Die kleineren Parteien stehen unter dem Zwang der Existenzhaltung, für sie ist, da nach dem Willen der CDU/CSU als - noch vorläufige - Mehrheitspartei im Bundestag die Herde der Fünf-Prozent-Klausel bestehen bleiben soll, die gegenseitige Verbindung oder die Anlehnung an eine der drei grossen Parteien eine Lebensfrage, wenn sie im dritten Bundestag vertreten oder, wie im Falle der Bayern-Partei, wieder einziehen wollen.

Dass die CDU es mit der Standhaftigkeit und Treue zum bestehenden Wahlgesetz nicht allzu genau nimmt, beweist das Verhalten des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen-Union Seidel. Er machte sich zum Fürsprecher der Bonner CDU. Von der Bayern-Partei wurde als Preis für eine Unterstützung durch die CSU in Form von Wahlabsprachen die Sprengung der Bayern-Koalition verlangt - das wäre die Auslieferung an den Henker gewesen, wie sich Baumgartner urkräftig bayrisch ausdrückte. Das Werben um die Bayernpartei, das für einige Tage die politischen Wogen in München hochschlagen liess, ist aber noch nicht zu Ende. Nun wird nicht mehr die Bedingung eines Austritts aus der Regierung Höfner gestellt, die CDU wäre schon zufrieden, wenn sich die Bayern-Partei verpflichten würde, am 15. September "weder Herrn Ollenhauer, noch einen seiner Satelliten zum Bundeskanzler zu machen". Auch diese Versuchung dürfte bei der Bayern-Partei keine Resonanz finden, sondern noch eher die Tendenz verstärken, nun umso mehr Kontakt und Anlehnung bei politischen Gruppen zu suchen, die nicht zum Mittel der Erpressung greifen.

Noch ist freilich der Ausgang des Werbens um die kleinen Parteien offen. Die CDU macht gewaltige Anstrengungen, nicht nur die Bayern-Partei auf die Knie zu zwingen, ihr Blick richtet sich auch auf den vor ihr in der Vergangenheit mit so viel Missachtung behandelten BHE. Hier tut sich Einiges hinter verschlossenen Türen. Glänzende Verapredungen und Angebote handfester Art fehlen nicht, und es mag vielleicht einige Gruppen im BHE geben, die sich noch einmal täuschen lassen.

Die Sozialdemokratie betrachtet dies Hin und Her der CDU um die kleinen Parteien mit ruhiger Gelassenheit. Sie wird, um eine Wende der deutschen Politik herbeizuführen, alle Kräfte unterstützen, die aus nationalen und internationalen Gründen eine Ablösung der Einparteien-Herrschaft und Adenauers Diktatur anstreben. Sie wird Gruppierungen fördern und mit ihnen von Fall zu Fall zusammenarbeiten, die mit ihr das Ziel verfolgen, in der Bundesrepublik eine Regierung zu schaffen, die, frei von autoritärer Neigungen, entschlossen ist, eine freiheitliche soziale und friedliche Politik zu treiben. Dieses Wort des Münchner Parteitages der Sozialdemokratie gilt, daran ist nicht zu denken.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel